

Niederschrift
über die Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und
Beteiligungsausschusses
am 10.06.2026

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus

Beginn: 17:05 Uhr

Ende: 17:40 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Bauer

CDU

Herr Brüntrup

Herr Kuhlmann

Herr Dr. Lange

Frau Steinkröger

Herr Weber

SPD

Herr Prof. Dr. Öztürk

Stellv. Vorsitz

Herr Suchla

(ab 17:15 Uhr)

Frau Weißenfeld

Frau Welz

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hallau

Frau Mamerow

Herr Schnell

AfD

Herr Dr. Dobberschütz

Die Linke

Herr Möhlmeier

Herr Dr. Schmitz

FDP

Herr Schlifter

Beratende Mitglieder nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Herr Gugat (LiB)

Herr Schatschneider (BSW)

Herr Schraub (Volt)

Verwaltung

Herr Stadtkämmerer Kaschel
 Frau Beigeordnete Beckermann
 Herr Beigeordneter Adamski
 Frau Beigeordnete Koch
 Herr Erster Beigeordneter Nürnberger
 Herr Fliege
 Frau Schmiedeskamp

Herr Maschmeier
 Herr Voß
 Herr Steinmeier
 Herr Kricke
 Frau Obermeier

Dezernat 1
 Dezernat 2
 Dezernat 3
 Dezernat 4
 Dezernat 5
 Bürgeramt
 Konzerncontrolling und steuerliche
 Angelegenheiten
 Ordnungsamt
 Ordnungsamt
 Presseamt
 Büro Oberbürgermeisterin und Rat
 Büro Oberbürgermeisterin und Rat

Schriftführung

Frau Krumme

Büro Oberbürgermeisterin und Rat

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Bauer eröffnet die 4. Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses (HWBA) begrüßt die Anwesenden. Sie stellt den termingerechten Zugang von Einladung und Tagesordnung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Frau Krumme übernimmt, in Vertretung von Frau Mülöt, die Schriftführung.

Die Tagesordnung sei um zwei Anfragen der FDP-Fraktion „Entwicklung der Wochenmärkte“ und „Open Innovation City“ erweitert worden.

Des Weiteren habe die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen neuen Antrag zu TOP 6 eingereicht. Dieser sei unter TOP 6.3 eingestellt. Der TOP 6.2 sei zurückgezogen worden. Der Änderungsantrag der Fraktionen CDU und SPD unter TOP 6.2.1 sei somit obsolet.

Aufgrund eines unaufschiebbaren Termins von Frau Beigeordnete Beckermann solle die Beratung zu TOP 7 vorgezogen werden.

Weitere Änderungswünsche werden nicht vorgetragen.

Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

-.-.-

Zu Punkt 1**Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 2. Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses am 05.03.2026****Beschluss:**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Niederschrift über die 2. Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses am 05.03.2026 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2**Mitteilungen**

Es liegen keine Mitteilungen vor.

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

Zu Punkt 3.1 Führerscheinstelle: Wartezeiten, Softwareumstellung und Servicenniveau (Anfrage der FDP-Fraktion vom 15.04.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1108/2025-2030

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Bauer verweist auf die im Ratsinformationssystem bereits veröffentlichte Antwort der Verwaltung.

Herr Schlifter merkt an, dass die Wartezeit ein wichtiges Qualitätskriterium sei. Es solle daher auch erfasst werden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.2 Vandalismus an Ticketautomaten (Anfrage der CDU-Fraktion vom 02.06.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1450/2025-2030

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Bauer verweist auf die im Ratsinformationssystem bereits veröffentlichte Antwort der Verwaltung.

Herr Kuhlmann bedankt sich für die umfangreiche Beantwortung. Es sei ein alltägliches Problem, dem nachgegangen werden müsse. Über 100 Automaten seien im Bereich des Glases beschädigt. Dazu kämen weitere Beschädigungen. Über eine Videoüberwachung müsse nachgedacht werden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.3 Digitalisierung der Verwaltung (Anfrage der SPD-Fraktion vom 01.06.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1420/2025-2030

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Bauer verweist auf die im Ratsinformationssystem bereits veröffentlichte Antwort der Verwaltung.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.4 Entwicklung der Wochenmärkte (Anfrage der FDP-Fraktion vom 03.06.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1461/2025-2030

Die Beantwortung der Anfrage wird auf die nächste Sitzung vertagt.

-.-.-

Zu Punkt 3.5 Open Innovation City (Anfrage der FDP-Fraktion vom 03.06.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1463/2025-2030

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Bauer verweist auf die im Ratsinformationssystem bereits veröffentlichte Anfrage und Antwort der Verwaltung.

Auf Nachfrage von Herrn Schlifter teilt Herr Stadtkämmerer Kaschel mit, dass die Fördermittel mit bestimmten Vorgaben im Grundsystem belegt seien. Der konkrete Personalumfang sei nicht festgelegt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4 Anträge

Zu Punkt 4.1 Fahren ohne Fahrschein als Ordnungswidrigkeit (Antrag der Fraktion Die Linke vom 03.02.2026) -vom Rat verwiesen am 12.02.2026-

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0534/2025-2030

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Bauer trägt vor, dass ein konkreter Auftrag in Form eines Beschlusses für moBiel erforderlich sei, wenn weitere Informationen gewünscht würden.

Herr Möhlmeier ergänzt, dass ein Beschluss dahingehend zu fassen sei, dass moBiel von Strafanzeigen absehen solle. Das Prozedere verursache Kosten, die eingespart werden könnten. Zudem sei eine Freiheitsstrafe nicht verhältnismäßig.

Als konkrete Informationen werde die Anzahl der Fälle und die dadurch anfallenden Kosten gewünscht.

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Bauer formuliert sodann folgenden Beschlusstext:

Beschluss:

MoBiel wird gebeten, die Anzahl der Fälle von Fahren ohne Fahr-schein (Erschleichen von Leistungen) und die dadurch verursachten Kosten zu ermitteln und dem HWBA mitzuteilen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 4.2**Umbesetzung in der AG Feuerwehr (Antrag der Fraktion Bünd-nis 90/Die Grünen vom 07.05.2026)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1288/2025-2030

Die Abstimmung erfolgt ohne Aussprache.

Beschluss:

Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss be-schließt folgende Umbesetzung in der AG Feuerwehr:

Stellv. Mitglied:	Klaus Rees
Statt bisher:	Dominic Hallau

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5**Betrauung der OstWestfalenLippe GmbH**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1425/2025-2030

Herr Schlifter merkt an, dass er ein zehnjährige Vertragsverpflichtung für zu lang halte. Es frage sich, ob nicht ein kürzerer Zeitraum, z. B. ein Jahr, möglich sei.

Herr Stadtkämmerer Kaschel führt aus, dass sich aus der Betrauung her-aus kein direkter Anspruch auf Zahlungen ergebe. Die Betrauung stelle lediglich die beihilferechtliche Absicherung für 10 Jahre dar.

Auf Nachfragen von Herrn Schlifter und Frau Mamerow teilt Frau Schmie-deskamp mit, dass über die konkreten Zahlungen jährlich im Rahmen der Aufstellung des Wirtschaftsplanes der OWL GmbH verhandelt werde.

Beschluss:

Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss emp-fiehlt, dem Rat wie folgt zu beschließen

- 1. Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt den als Anlage zur Vorlage beigefügten Betrauungsakt der OstWestfalenLippe GmbH und be-traut diese für einen Zeitraum von zehn Jahren mit der Erbringung**

von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse („DAWI“).

2. Der Rat betraut im Rahmen einer Gesamtbetrauung - im Einvernehmen mit den übrigen Gesellschaftern der OstWestfalenLippe GmbH - die OstWestfalenLippe GmbH für die Zukunft nach Maßgabe der im beigefügten Betrauungsakt (Anlage 1) aufgeführten Vorgaben mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, insbesondere in Form der kommunalen Wirtschafts-, Kultur- und Fremdenverkehrsförderung im Sinne der Gemeindeordnung NRW und aller damit in Zusammenhang stehenden Leistungen, die der Wirtschafts-, Kultur- und Fremdenverkehrsförderung der Region OstWestfalen-Lippe dienen.
3. Die ausgleichsfähigen Aufwendungen bemessen sich nach den zur Ausführung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung benötigten Kosten nach Abzug der dabei erzielten Einnahmen („Nettomehrkosten“) und werden im Wirtschaftsplan der Gesellschaft nach allgemein anerkannten Kostenrechnungsgrundsätzen aufgestellt.
4. Eine Trennungsrechnung zur Abgrenzung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen von den hiervon abzugrenzenden Dienstleistungen ist unter Beachtung der im Betrauungsakt aufgeführten Vorgaben sowie der Transparenzrichtlinie zu erstellen.
5. Die OstWestfalenLippe GmbH führt jährlich in Übereinstimmung mit dem Betrauungsakt eine Überkompensationskontrolle durch und legt den Gesellschaftern hierbei einen Tätigkeitsbericht vor, der u. a. die Aktivitäten im Bereich der EU-Fördermittel beschreibt.
6. Der Rat erteilt den Vertreterinnen und Vertretern der Stadt Bielefeld in den Organen der OstWestfalenLippe GmbH nach § 113 Abs. 1 S. 2 GO NRW die Weisung, in der Gesellschafterversammlung zu beschließen,
 - den als Anlage beigefügten Betrauungsakt der OstWestfalenLippe GmbH während des Betrauungszeitraumes zu beachten;
 - die Geschäftsführung der OstWestfalenLippe GmbH zur Umsetzung und Beachtung des als Anlage beigefügten Betrauungsaktes anzuweisen und dafür Sorge zu tragen, dass die verbindlichen Vorgaben der Betrauungsaktes während des Betrauungszeitraumes von der Geschäftsführung eingehalten werden.

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6 Veranstaltungen in Bielefeld -Ehrenamt ermöglichen

Zu Punkt 6.1 Veranstaltungen in Bielefeld - stärken, entlasten und unterstützen, Ehrenamt ermöglichen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0997/2025-2030

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 6.2 Ehrenamt ermöglichen – Stadtteilstärkung stärken (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.02.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0763/2025-2030

Der Antrag wurde zurückgezogen (s. TOP „Vor Eintritt in die Tagesordnung“).

-.-.-

Zu Punkt 6.2.1 Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD zur Drucks.-Nr. 0763/2025-2030 (Punkte a), b) und d)) vom 05.03.2026

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0817/2025-2030

Der gemeinsame Änderungsantrag ist obsolet. Es erfolgt keine Abstimmung.

-.-.-

Zu Punkt 6.3 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Drucks.-Nr. 0997/2025-2030

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1535/2025-2030

Herr Hallau stellt fest, dass die Verwaltung bereits 21 Handlungsfelder identifiziert habe und sich zahlreiche Projekte bereits in der Prüfung befänden. Aus dem Bericht solle erkennbar sein, welche Effekte bestimmte Maßnahmen hätten und wie sich die finanzielle Auslastung darstelle.

Frau Welz sieht einen Widerspruch in den Ausführungen der Verwaltung unter Punkt 5 „Gebühren“ der Informationsvorlage (Drucks.-Nr. 0997/2025-2030). Eine Gebührenbefreiung nach den Regelungen der GEMA sei nur für Veranstaltungen möglich, die u. a. nur einem begrenzten Personenkreis zugänglich gemacht würden. Bei Straßenfesten sei dies nicht möglich.

Herr Adamski führt aus, dass hierbei eine Abwägung zwischen Gemeinwohl und gewerblicher Veranstaltung vorgenommen werden müsse. Im Rahmen der Genehmigung stehe das Gemeinwohl an erster Stelle. Darauf achte die Zentrale Veranstaltungskoordination des Ordnungsamtes.

Auf Nachfrage von Herrn Schlifter bzgl. der begrifflichen Abgrenzung zwischen „ehrenamtlich“ und „gewerblich/nichtgewerblich“ macht Herr Adamski deutlich, dass es 400 Feste in der Stadt Bielefeld gäbe. Bei der Einbindung einer GmbH handele es sich immer um eine gewerbliche Veranstaltung. Alle Stadtteilstädte außerhalb der Innenstadt, z. B. der Heeper Ting, würden ehrenamtlich ohne Beteiligung der Bielefeld Marketing GmbH organisiert.

Herr Kuhlmann schlägt vor, den Maßnahmenkatalog der Verwaltung abzuwarten und dann vor der Sommerpause darüber zu beraten. Er beantrage daher eine 1. Lesung.

Herr Adamski sagt erste Ergebnisse vor der Sommerpause zu.

Der Antrag wird in 1. Lesung behandelt.

-.-.-

Zu Punkt 7

Kennzahlenbericht über die Situation in der Kommunalen Ausländerbehörde inkl. der Einbürgerungsstelle

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1063/2025-2030

Herr Prof. Dr. Öztürk bedankt sich für die bereitgestellten Zahlen, die belegen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommunalen Ausländerbehörde sehr gute Arbeit leisteten.

Für Herrn Dr. Schmitz verdeutlicht der Bericht, wie lang die Wartezeiten seien. Dies sei eine unbefriedigende Situation.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 8

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Zu Punkt 8.1

Beschluss des HWBA zur Förderung von Projekten für das demokratische Zusammenleben in Bielefeld, Drucks.-Nr. 0905/2025-2030

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Bauer stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.